

Systemdienstleistungen und Erneuerbare Energien

unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Versorgungssicherheit im engeren Sinne und der
Entwicklung des Regulierungsrechts

Bearbeitet von
Moritz Meister

1. Auflage. 2017. Buch. 313 S. Kartoniert / Broschiert
ISBN 978 3 503 17450 8
Format (B x L): 15,9 x 23,3 cm
Gewicht: 488 g

[Recht > Öffentliches Recht > Energierecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Systemdienstleistungen und Erneuerbare Energien

Unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der
Versorgungssicherheit im engeren Sinne und der Entwicklung
des Regulierungsrechts

Von

Moritz Meister, M.Sc., LL.B.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 17451 5

Zugl.: Lüneburg, Universität, Dissertation, 2017

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 17450 8
eBook: ISBN 978 3 503 17451 5

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2017
www.ESV.info

Meiner Sara

Vorwort zur neuen Schriftenreihe

Die Energiewende, also die Transformation von einer auf fossilen Energieträgern und der Atomenergie beruhenden Energieversorgung zu einer auf Nachhaltigkeit abzielenden Versorgung durch Erneuerbare Energien, ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Klimawandels Herausforderung und Chance zugleich. Neben positiven Effekten wie der Schaffung neuer Arbeitsplätze in einem dynamischen Geschäftsfeld, erfordert sie rasche und gut durchdachte Lösungen, um den völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzziele des Ende 2016 in Kraft getretenen Pariser Klimaschutzabkommens zu entsprechen, die Kosten möglichst gering zu halten und neuen Konflikten mit dem Naturschutz zu begegnen. Des Weiteren ist die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zugleich zeichnet sich ab, dass sich die Energieversorgung vermehrt dezentral und digital gestaltet. Smarte Lösungen und neue Technologien fordern aber auch dem Energierechtler ein zunehmend vertieftes Verständnis technischer Zusammenhänge ab.

Einerseits erscheint heutzutage die Fülle an verfügbaren Informationen und Hilfestellungen auch im Bereich des Energierechts unüberschaubar. Andererseits ist es dabei häufig nicht einfach, qualitativ hochwertige und auch für den oft unter hohem Zeitdruck stehenden Praktiker hilfreiche und problemorientierte Publikationen zu finden. In der neuen Schriftenreihe *BSEB Berliner Schriften zum Energierecht* setzen sich ausgewiesene Expertinnen und Experten des Energierechts, die häufig auch in der Zeitschrift *ER EnergieRecht* publizieren, mit den Problemen dieses sich schnell weiterentwickelnden Rechtsgebiets auseinander. Rechtliche und auch technische Fragestellungen werden fundiert aufbereitet und lösungsorientiert verständlich gemacht.

Den Auftakt in der Schriftenreihe macht *Moritz Meister* mit einer Arbeit zu „Systemdienstleistungen und Erneuerbare Energien – Unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Versorgungssicherheit im engeren Sinne und der Entwicklung des Regulierungsrechts“. In der Folge sollen neben weiteren ausgewählten Monographien auch Kompendien, Tagungs- und andere Sammelbände sowie Praxisleitfäden in der Reihe erscheinen.

Erich Schmidt Verlag
Berlin, im März 2017

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Leuphana Universität Lüneburg im Sommersemester 2016 als Dissertation angenommen. Gesetzesentwicklung, Schrifttum und Rechtsprechung konnten bis September 2015 berücksichtigt werden.

Bedanken möchte ich mich zuerst bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Schomerus. Aufgrund seiner Initiative habe ich die Suche nach einem passenden Dissertationsthema begonnen. Mit seiner Begleitung habe ich das gewählte Projekt nun zu einem erfolgreichen Ende geführt. Seit unserem ersten Zusammentreffen im Rahmen meines Masterstudiums der Sustainability Science habe ich in ihm einen versierten Lehrer und engagierten Forschungspartner gefunden. Die über die Dissertation hinausgehende gemeinsame energierechtliche Forschung hat nicht nur vielfältige Früchte getragen sondern vor allem auch große Freude gemacht. Dafür meinen herzlichen Dank.

Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte für die aktive Begleitung meiner Arbeit im Rahmen des Promotionsprogramms der Graduate School der Leuphana Universität Lüneburg sowie für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ferner bedanken möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Detlef Schulz und seinem Team für den vielfältigen Austausch zu technischen Fragestellungen.

Mein Dank gilt außerdem meinen Großmüttern Ursula Reichardt und Sofie Meister für ihre großzügige Unterstützung der Veröffentlichung.

Hamburg, im Januar 2017

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abbildungsverzeichnis	25
Abkürzungsverzeichnis	27
A. Einleitung	31
B. Grundlagen der Arbeit	41
I. Technische Grundlagen	41
II. Die Elektrizitätswirtschaft im politischen Spannungsfeld von Liberalisierung und Systemtransformation	58
III. Stand der rechtswissenschaftlichen Diskussion im Sachbereich der Systemdienstleistungen	63
C. Theoretisch-dogmatische Einordnung der Thematik und Anmerkungen zum methodischen Vorgehen	69
I. Begriffsklärung	69
II. Einordnung in die „Neue Verwaltungsrechtswissenschaft“	73
III. Anwendung der neuen Verwaltungsrechtswissenschaft zur Beantwortung der Forschungsfragen	81
IV. Gang der Untersuchung	89
D. Die Entwicklung des Rechts der Systemdienstleistungen (1998–2016) ..	91
I. Historische Entwicklung des Rechts der Systemdienstleistungen	91
II. These des steigenden Anteils unentgeltlicher Instrumente	172
III. Zwischenergebnis	179
E. Legitimation staatlicher Regelwerke im Recht der Systemdienstleistungen	181
I. Formale Ausgestaltung der staatlichen Instrumente im Recht der Systemdienstleistungen	183
II. Berücksichtigung des Demokratieprinzips (1998–2014)	190
III. Berücksichtigung des Rechtsstaatsprinzips (1998–2015)	237
IV. Zwischenergebnis – Legitimation staatlicher Regelwerke	252

F. Legitimation privater Regelwerke im Recht der Systemdienstleistungen	253
I. Formelle Ausgestaltung der Instrumente privater Regelersteller	257
II. Überdetermination durch das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	259
III. Überdetermination durch das Energiewirtschaftsrecht	261
IV. Überdetermination durch das Recht der erneuerbaren Energien	275
V. Überdetermination durch Kartellrecht	276
VI. Zwischenergebnis – Legitimation der privaten Regelwerke	289
G. Fazit und Ausblick	291
I. Künftige Herausforderungen	293
II. Alternative Modi zur Weiterentwicklung	296
III. Defizite der bisherigen Entwicklung	297
IV. Integrierende Regulierung als vielversprechender Modus zur Weiterentwicklung der Regelungsstruktur	299
Literaturverzeichnis.....	303

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	25
Abkürzungsverzeichnis	27
A. Einleitung	31
B. Grundlagen der Arbeit	41
I. Technische Grundlagen	41
1. Die technischen Grundlagen der Systemdienstleistungen	41
a) Frequenzhaltung	41
b) Spannungshaltung	47
c) Versorgungswiederaufbau	50
d) System- /Betriebsführung	51
2. Die möglichen technischen Beiträge von EE-Anlagen	52
a) Wirkleistung	53
b) Blindleistung	55
c) Kurzschlussstrom/Fault-Ride-Through	56
d) (künstliche) Trägheit	57
3. Zusammenfassung	58
II. Die Elektrizitätswirtschaft im politischen Spannungsfeld von Liberalisie- rung und Systemtransformation	58
III. Stand der rechtswissenschaftlichen Diskussion im Sachbereich der Sys- temdienstleistungen	63
C. Theoretisch-dogmatische Einordnung der Thematik und Anmerkun- gen zum methodischen Vorgehen	69
I. Begriffsklärung	69
1. Regulierungsbegriff	69
2. Selbstregulierung als Gegenbegriff	72
3. Der Begriff der Regel und des Regelwerks	73
II. Einordnung in die „Neue Verwaltungsrechtswissenschaft“	73
1. Abgrenzung und Einordnung in die Regulatory-Choice-Diskussion	74
2. Abgrenzung und Einordnung zur Steuerungstheorie	76
3. Abgrenzung und Einordnung in die Governance-Forschung unter Nutzung des Konzepts der Regelungsstruktur	78
III. Anwendung der neuen Verwaltungsrechtswissenschaft zur Beantwortung der Forschungsfragen	81

1. Rechtsicherheit und Standardisierung – private, staatliche und supranationale Ansätze zur Erreichung von Versorgungssicherheit, Wettbewerb und Umweltfreundlichkeit	81
2. Legitimation im Dreiecksverhältnis staatlicher und privater Regelersteller und privater Adressaten	87
IV. Gang der Untersuchung	89
D. Die Entwicklung des Rechts der Systemdienstleistungen (1998–2016) ...	91
I. Historische Entwicklung des Rechts der Systemdienstleistungen	91
1. Ab 1998 zunächst reine Selbstregulierung	91
a) § 10 Abs. 1 Satz 2 Hs. 1 EEG 2000 – VDEW-Richtlinien	93
b) § 10 Abs. 1 Satz 2 Hs. 1 – Anforderungen der Netzbetreiber für EE-Anlagen	94
c) Mai 1998 – Die Verbändevereinbarung (VV Strom I)	95
d) Juli 1998 – Der GridCode 1998	96
aa) Frequenzhaltung	96
(1) Wirkleistungsabgabe	97
(2) Fahrpläne	98
(3) Wirkleistungsreserven	98
(a) Primärregelleistung/Primärregelreserve	99
(b) Sekundärregelleistung/Sekundärregelreserve	100
(c) Minutenreserveleistung	100
(d) Notreserve	100
bb) Spannungshaltung / Blindleistungs-Regelung	101
cc) Versorgungswiederaufnahme	102
dd) Betriebsplanung und Betriebsführung	103
(1) Engpassmanagement	103
(2) Kurzschlussmanagement / Stabilitätsmanagement	103
e) Dezember 1999 – Die Verbändevereinbarung VV Strom II	104
aa) Fahrpläne und Engpassmanagement	105
bb) Frequenzhaltung	106
f) April 2000 – GridCode 2000	106
g) Juli, September 2000 – BKartA Ausschreibung von Regelernergie als Auflage	107
h) Dezember 2001 – Die Verbändevereinbarung VV Strom II Plus	108
i) Februar, August 2002 – BKartA Einstellung von Missbrauchsverfahren	109
j) Mai 2003 – § 6 Abs. 1 EnWG 2003	109
k) August 2003 – Der TransmissionCode 2003	110
aa) Frequenzhaltung	110
(1) Wirkleistungsabgabe	111
(2) Fahrpläne	112
(3) Primärregelleistung	112

(4) Sekundärregelleistung	112
(5) Minutenreserve	113
(6) Notreserve	113
bb) Blindleistungsmanagement / Spannungshaltung	114
cc) Spezielle Regelungen für EE-Anlagen	115
l) August 2003 – Der DistributionCode 2003	115
aa) Netzzrückwirkungen	115
bb) Frequenzhaltung	116
cc) Spannungshaltung und Versorgungswiederaufbau	116
dd) Betriebsführung / Engpassmanagement	116
m) Zwischenergebnis – Regelungsstruktur 1998 bis 2003	116
2. Ab 2004 – regulierte Selbstregulierung mit geringem staatlichen Anteil	117
a) August 2004 – EEG 2004	117
b) August 2004 – VDN-Leitfaden EEG-Erzeugungsanlagen am Hoch- und Höchstspannungsnetz	117
aa) Wirkleistung	118
bb) Blindleistung	118
cc) Spannungs- und Frequenzschutz	118
c) Juli 2005 – EnWG 2005	119
aa) § 13 Abs. 1 EnWG 2005 – netzbezogene und marktbezogene Maßnahmen	119
bb) § 13 Abs. 2 und Abs. 4 EnWG 2005 – Notfallmaßnahmen	120
cc) § 14 Abs. 1 und Abs. 1a EnWG – Verteilnetzbetreiber	120
dd) § 19 Abs. 1 und Abs. 3 EnWG 2005 – technische Mindestan- forderungen	121
ee) § 22 EnWG – Beschaffung von Ausgleichsleistungen insbeson- dere Regelenergie	121
ff) § 23 EnWG 2005 – Entgelte und Erbringung von Ausgleichslei- stungen	121
gg) § 49 EnWG 2005 – technische Sicherheit von Energieanlagen	122
d) Juli 2005 – StromNZV	122
aa) §§ 4, 10, 11, 26 StromNZV – Bilanzkreise und Bilanzkreisver- träge	122
bb) § 5 StromNZV – Fahrpläne	123
cc) § 6, 7, 8, 9 StromNZV – Beschaffung, Erbringung und Abrech- nung von Regelenergie	124
dd) Engpassmanagement	124
e) Juli 2005 – StromNEV	125
f) September 2005 – VDEW Richtlinie Erzeugungsanlagen am Nieder- spannungsnetz, Ergänzungen VDN	125
g) Dezember 2006 – BNetzA Genehmigung zur Berechnung der Kapa- zität an Grenzkuppelstellen BK6-06-025	125
h) August 2006 – BNetzA Festlegung Minutenreserve BK6-06-012	126

i) August 2007 – BNetzA Festlegungen zur Primär- und Sekundärregelleistung BK6-06-065, BK6-06-066	126
j) August 2007 – TransmissionCode 2007 und DistributionCode 2007 ..	127
aa) Frequenzhaltung	128
(1) Wirkleistungseinspeisung durch EE-Anlagen	128
(2) Regelleistung	128
bb) Spannungshaltung / Blindleistungsmanagement	129
cc) Kurzschlussmanagement / Stabilitätsmanagement durch EE-Anlagen	129
k) November 2007 – ARegV	131
l) Juni 2008 – BDEW Technische Richtlinie Erzeugungsanlagen am Mittelspannungsnetz	131
aa) Wirkleistungsabgabe	131
bb) Spannungshaltung / Blindleistungsmanagement	132
cc) Kurzschluss- / Stabilitätsmanagement	132
m) Oktober 2008 – BNetzA Festlegung Beschaffungsverfahren für Verlustenergie BK6-08-006	132
n) Zwischenergebnis – Regelungsstruktur 2004 bis 2008	133
3. Ab 2009 – regulierte Selbstregulierung mit erhöhtem staatlichen Anteil	133
a) Januar 2009 – EEG 2009	134
aa) § 6 EEG 2009 – ferngesteuerte Reduzierung der Einspeiseleistung	134
bb) § 11 EEG 2009 – Einspeisemanagement	134
cc) § 12 EEG 2009 – Entschädigung für Einspeisemanagement	135
dd) § 29 Abs. 2 EEG 2009 – Systemdienstleistungs-Bonus	135
b) April 2009 – BNetzA Kernanteil bei der negativen Sekundärregelleistung BK6-08-266	136
c) Mai 2009 – BNetzA Festlegung EEG-Bilanzkreis, Ausschreibung EEG-Reserve BK6-08-226	136
d) Juli 2009 – SDLWindV	137
aa) § 3 SDLWindV – Anschluss an das Hoch- und Höchstspannungsnetz	137
(1) Wirkleistungsbereitstellung	137
(2) Blindleistungsbereitstellung	138
(3) Stabilitätsmanagement	138
bb) § 2 SDLWindV – Anschluss an das Mittelspannungsnetz	139
cc) § 6 SDLWindV – Zertifikate, Sachverständigengutachten und Prototypen	139
e) August 2009 – BNetzA Genehmigung zur Berechnung Kapazität an Grenzkuppelstellen BK6-09-016, -023, -025,	140
f) Oktober 2009 – BNetzA Festlegungen zu regelzoneninternen Verkäufen EEG-Energiemengen BK6-08-267, zur EEG Reserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises BK6-08-268 und zum Verfahren des Engpassmanagements BK6-08-260, -262, -264, -269	140

g) November 2009 – Anhang D2 Teil 1 und 2 und Anhang D3 TransmissionCode 2007	141
h) November 2009 – BNetzA Anreizregulierung und Systemdienst- leistungen BK8-09-003, -004, -005, -006	141
i) Januar 2010 – AusglMechV	142
j) März, Mai 2010 – BNetzA Festlegungen zu Regelleistung im Netzregelverbund BK6-08-111 und zur regelzoneninternen Beschaffung negativer Sekundärregelleistung BK6-10-037	142
k) August 2010 – BNetzA Festlegung einer wirksamen Verfahrens- regulierung für die Beschaffung von Verlustenergie BK8-10/014, - 018, -019, -023, -027, -030, -033, -042, -046, -049, -052, -056, -062, -065, -066, -079, -081, -102 und BK8-12-021	143
l) Zwischenergebnis – Regelungsstruktur 2009 bis 2010	144
4. Ab 2011 – regulierte Selbstregulierung mit hohem staatlichen Anteil	144
a) März 2011 – BNetzA Leitfaden zum EEG-Einspeisemanagement	144
aa) Rangfolge der Maßnahmen nach §§ 8 Abs. 3, 11 Abs. 1 EEG 2009 sowie § 13 Abs. 1 und 2 EnWG 2005	145
bb) Pauschales Verfahren oder Spitzenabrechnungsverfahren für Windenergieanlagen	145
b) März 2011 – BNetzA Genehmigung zur regelzoneninternen Beschaf- fung negativer Sekundärregelleistung BK6-11-039	146
c) April 2011 – BNetzA neue Ausschreibung der Primär- und Sekun- därregelleistung	146
aa) Ausschreibung Primärregelleistung BK6-10-097	146
bb) Ausschreibung Sekundärregelleistung BK6-10-098	146
d) April 2011 – BDEW Ergänzung Richtlinie Erzeugungsanlagen am Mittelspannungsnetz	147
aa) Wirkleistungsbereitstellung	147
bb) Spannungshaltung / Blindleistungsmanagement	147
cc) Stabilitätsmanagement / Kurzschlussmanagement	148
e) Juni 2011 – BNetzA Festlegung zur Vereinheitlichung der Bilanzkreisverträge BK6-06-013	148
aa) Verbindlichkeit der Fahrplananmeldung und Verkürzung der Vorlaufzeit für Änderungen	148
bb) Fahrplanformat und Fahrplanabwicklung	149
f) August 2011 – VDE-AR-N 4105 Erzeugungsanlagen am Nieder- spannungsnetz	150
aa) Wirkleistungsbereitstellung/Frequenzhaltung	150
bb) Blindleistungsmanagement/Spannungshaltung	150
g) August 2011 – EnWG 2011	151
aa) § 13 Abs. 1a EnWG 2011 Wirk- und Blindleistungsanpassung gegen angemessene Vergütung	151

bb) § 13 Abs. 4a EnWG 2011 wirtschaftlich sinnvolle Vereinbarungen mit ab- und zuschaltbaren Lasten	151
h) Oktober, Dezember 2011 – BNetzA Festlegung zur Ausschreibung von Minutenreserve BK6-10-099 und Genehmigung des Kernanteil negative Minutenreserve BK6-11-213	152
i) Januar 2012 – EEG 2012	152
aa) § 6 EEG 2012 – technische Vorgaben	152
bb) § 29 Abs. 2 Satz 4 und § 66 Abs. 1 Nr. 8 EEG 2012 – Systemdienstleistungs-Bonus	153
cc) § 16 Abs. 3 Hs. 2 und § 56 Abs. 1 Satz 3 EEG 2012 – Regelernergie nur im Rahmen der Direktvermarktung	153
dd) § 16 Abs. 2 EEG 2012 – Anspruch auf Förderung auch bei Zwischenspeicherung	154
ee) § 33c und § 33d EEG 2012 – Bilanzierung des von Strom aus Anlagen in der Direktvermarktung	154
j) Juli, August 2012 – SysStabV und § 35 Abs. 1b EEG 2012	154
aa) § 4 SysStabV 2012 – Nachrüstung der Wechselrichter im Niederspannungsnetz	155
bb) § 5 SysStabV 2012 – Nachrüstung der Wechselrichter von Anlagen im Mittelspannungsnetz	155
cc) § 35 Abs. 1b EEG 2012 – Wälzbarkeit von 50 % der SysStabV 2012 Kosten auf EEG-Umlage	156
k) Oktober 2012 – BNetzA Weiterentwicklung des Ausgleichsenergiepreis-Abrechnungssystems BK6-12-024	156
l) Oktober 2012 – BNetzA Festlegungen zum Redispatch BK6-11-098	157
aa) Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen BK6-11-098	157
bb) Bestimmung einer angemessenen Vergütung bei Redispatchmaßnahmen BK8-12-019	158
m) Dezember 2012 – EnWG 2012	159
n) Januar 2013 – AbLaV	159
o) Januar 2013 – ResKV	160
p) Januar 2013 – BDEW Ergänzung zur Richtlinie Erzeugungsanlagen am Mittelspannungsnetz	161
q) Januar 2014 – BNetzA Leitfaden EEG-Einspeisemanagement 2.0	162
r) Februar 2014 – BNetzA systemdestabilisierende Auswirkungen des Kernenergieausstiegs BK8-13-010, -011, -012	162
s) April 2014 – Leitfaden für Anbieter von Primärregelleistung	163
t) August 2014 – EEG 2014	163
aa) § 9 EEG 2014 – technische Anforderungen	163
bb) § 8 Abs. 6 und § 9 Abs. 4 EEG 2014 – Netzbetreiberpflicht zur Informationen über technische Anforderungen	164
cc) § 24 EEG 2014 – Verringerung der Förderung bei negativen Preisen	164

dd) § 60 Abs. 3 Satz 3 EEG 2014 – EEG-Umlagebefreiung für Speicher die Verlustenergie liefern	165
ee) § 100 Abs. 4 EEG 2014 – Verringerung der Förderung bei Nichtbefolgen der SysStabV	165
u) März 2015 – SysStabV Erweiterung auf weitere Typen von EE-Anlagen	165
v) April, August 2015 – Anforderungen an die regelzonenübergreifende Poolung von Minutenreserveleistung (AnfPoolMRL) und Anforderungen an die Speicherkapazität von Batteriespeichern in der Primärregelleistung (AnfBattPRL)	165
w) Zwischenergebnis – Regelungsstruktur 2011 bis 2015	166
5. Ab 2016 – Ablösung der (regulierten) Selbstregulierung durch eine integrierende Regulierung?	167
a) Network Code Requirements for Generators (NC RfG)	168
b) Network Code Emergency and Restoration (NC ER)	169
c) Network Code Load-Frequency Control and Reserve (NC LFCR)	169
d) Network Code Electricity Balancing (NC EB)	170
6. Zwischenergebnis	171
II. These des steigenden Anteils unentgeltlicher Instrumente	172
1. Staatlicher Rahmen zur Erbringung von Vorleistungen – ab 1998	173
2. Staatlicher Rahmen zur Erbringung von Vorleistungen – ab 2004	173
a) Ausschreibung oder börsliche Beschaffung	173
b) Marktbezogene Maßnahmen – bilaterale Verträge	173
c) Ermöglichung von bilateralen Verträgen als Ausnahme	174
d) Auktionierung	174
e) Obliegenheit in Verbindung mit unentgeltlichem Aufbau von Fähigkeiten	174
f) Unentgeltliche Erbringung von Vorleistungen	174
g) Zwischenergebnis	175
3. Staatlicher Rahmen zur Erbringung von Vorleistungen – ab 2009	175
a) Ausschreibung oder börsliche Beschaffung	175
b) Pauschalisiertes Entgelt	175
c) Entschädigung	176
d) Unentgeltliche Erbringung von Vorleistungen	176
e) Zwischenergebnis	176
4. Staatlicher Rahmen zur Erbringung von Vorleistungen – ab 2011	176
a) Indirekte Anreize – Kostenerhöhung und Vergütungsverringerung	177
b) Ausschreibung oder börsliche Beschaffung	177
c) Pauschalisiertes Entgelt	177
d) Entschädigung	178
e) Ausschluss von Vermarktungswegen	178
f) Obliegenheit in Verbindung mit entgeltlicher Erstellung	178
g) Kostenersatz	179

h) Unentgeltliche Erbringung von Vorleistungen	179
III. Zwischenergebnis	179
E. Legitimation staatlicher Regelwerke im Recht der Systemdienstleistungen	181
I. Formale Ausgestaltung der staatlichen Instrumente im Recht der Systemdienstleistungen	183
1. Instrumente zur Vorleistungserstellung durch Anlagenbetreiber	183
a) Formelles Gesetz	183
aa) Generalklausel in formellen Gesetzen ohne Anknüpfung an private Regelwerke	183
bb) Generalklausel in formellen Gesetzen mit Anknüpfung an private Regelwerke	184
cc) Detaillierte Vorgabe in formellen Gesetzen	185
dd) Detaillierte Vorgabe in formellen Gesetzen mit Anknüpfung an private Regelwerke	186
b) Rechtsverordnung	186
aa) Vorgabe in Rechtsverordnung ohne Anknüpfung an private Regelwerke	186
bb) Regelung in Rechtsverordnung mit Anknüpfung an private Regelwerke	187
c) Festlegung	187
aa) Festlegung ohne Bezug auf Regelwerke privater Akteure	187
bb) Festlegung mit Bezug auf Regelwerke privater Akteure	188
d) Freigabeauflage	188
e) Einstellung von Missbrauchsverfahren	188
f) Leitfaden	188
2. Instrumente zur Abrechnung der Systemdienstleistungskosten	189
a) Formelles Gesetz	189
b) Verordnung	189
c) Verordnung mit Anknüpfung an Festlegungen und Regelwerke privater Akteure	189
d) Freigabeauflage	190
II. Berücksichtigung des Demokratieprinzips (1998–2014)	190
1. Demokratische Legitimation der staatlichen Regelwerke	190
a) Demokratische Legitimation der staatlichen ohne Anknüpfung an private Regelwerke	191
aa) Formelle Gesetze ohne Anknüpfung an private Regelwerke	191
bb) Rechtsverordnungen ohne Anknüpfung an private Regelwerke	194
cc) Festlegungen ohne Anknüpfung an private Regelwerke	195
(1) Vorgaben des Art. 80 GG	195
(2) Einhaltung der Grenzen der Ermächtigungsgrundlage	200

(a) Netzknotenbezogene Nennwertgrenze – Ziffer 2 BK6-11-098	200
(b) Ausschluss des Ersatzes von Opportunitätskosten – Ziffer 2 BK8-12-019	201
(c) Anknüpfung an niedrigsten Preis des Vormonats – Ziffer 3 lit. a) BK8-12-019	202
(d) Wirkleistungsbezug durch Speicheranlagen – Ziffer 3 BK6-11-098	203
(3) Zwischenergebnis	203
dd) Freigabeauflagen	203
ee) Leitfäden	205
ff) Eingestellte Missbrauchsverfahren	209
gg) Zwischenergebnis	210
b) Demokratische Legitimation staatlicher Regeln mit Anknüpfung an private Regelwerke	210
aa) Formelle Gesetze mit Anknüpfung an private Regelwerke	212
(1) § 16 Abs. 1 und Abs. 2 EnWG 1998 und die technischen Regeln des VDE	212
(2) § 6 Abs. 1 EnWG 2003 und die VV Strom II plus	213
(3) § 17 Abs. 1 und § 19 Abs. 1 EnWG 2005 und die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Netzbetreiber	213
(4) § 22 Abs. 1 EnWG 2005, § 22 Abs. 2 Satz 1 EnWG 2005, § 13 Abs. 4a EnWG 2012 und die Regelungen zu wirtschaftlich sinnvollen Verträgen und diskriminierungsfreien Beschaffungs- und Ausschreibungsverfahren der Netzbetreiber ...	214
(5) §§ 6 Nr. 2 i.V.m. § 64 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EEG 2009 i. V. m. SDLWindV i. V. m. BDEW-RM 2008, i. V. m. Anlage 1 SDLWindV und Anlage 1 SDLWindV i. V. m. TransmissionCode 2007	215
(a) § 2 SDLWindV i.V.m. BDEW-RM 2008	215
(b) § 3 SDLWindV i.V.m. TransmissionCode 2007	217
(6) § 100 Abs. 4 EEG 2014 i.V.m. SysStabV 2012 i.V.m. VDE-AR-N 4105 und BDEW-RM 2008	218
bb) Rechtsverordnungen mit Anknüpfung an private Regelwerke	219
2. Wesentlichkeitstheorie	221
a) Die Wesentlichkeitstheorie und die Regelungsstruktur 1998–2004	222
aa) Grundrechtsbezug der Systemdienstleistungen	222
(1) Grundrechtsposition der ehemals geschützten Gebietsmonopolisten als Netzbetreiber und Monopolisten der Regellenergiebereitstellung	222
(a) Grundrechtsbezug zu Art. 14 GG	223
(b) Grundrechtsbezug zu Art. 12 GG	224

(2) Grundrechtsposition der Durchleitungspetenten und der unabhängigen Kraftwerksbetreiber	225
(a) Grundrechtsbezug zu Art. 12 GG	225
(b) Grundrechtsbezug zu Art. 14 GG	226
(3) Grundrechtspositionen der Stromverbraucher	227
(4) Würdigung des Grundrechtsbezugs der Systemdienstleistungen	228
bb) Sind die Regelungen des Gesetzgebers von 1998 bis 2004 ausreichend?	228
cc) Weitere Anhaltspunkte für die Wesentlichkeit der Regelungen	231
(1) Größe des Adressatenkreises	231
(2) Langfristigkeit einer Festlegung	232
(3) Gravierende finanzielle Auswirkungen	232
(4) Erhebliche Auswirkungen auf das Staatsgefüge	233
(5) Politische Wichtigkeit oder Umstrittenheit	233
dd) Zwischenergebnis – Regelungsstruktur 1998 bis 2004	233
b) Die Wesentlichkeitstheorie und die Regelungsstruktur 2005–2008	234
c) Die Wesentlichkeitstheorie und die Regelungsstruktur 2009–2015	234
d) Zwischenergebnis – Wesentlichkeitstheorie	236
3. Zwischenergebnis – Demokratieprinzip	236
III. Berücksichtigung des Rechtsstaatsprinzips (1998–2015)	237
1. Gebot der Bestimmtheit von staatlichen Normen	238
a) § 10 Abs. 1 Satz 2 EEG 2000 – Generalklausel und ihre Konkretisierung	238
b) § 6 Nr. 1 EEG 2009 und § 6 Abs. 1 EEG 2012 – Rechtssicherheit erst mit § 9 Abs. 1 Satz 2 EEG 2014	243
2. Gebot der Klarheit von staatlichen Normen	245
3. Gebot der Widerspruchsfreiheit der staatlichen Regelwerke	247
a) Widersprüche aufgrund des Verweises auf den TransmissionCode 2007	248
b) Widersprüche aufgrund des Verweises auf die BDEW-RM 2008	249
c) Zwischenergebnis	249
4. Rechtsschutz gegen staatliche Regelwerke	249
a) Rechtsschutz gegen – EEG, EnWG, StromNZV, StromNEV, SDLWindV, SysStabV 2012	250
b) Rechtsschutz gegen Festlegungen und Leitfäden der BNetzA sowie Freigabeauflagen und Einstellungen von Missbrauchsverfahren des BKartA	251
IV. Zwischenergebnis – Legitimation staatlicher Regelwerke	252
F. Legitimation privater Regelwerke im Recht der Systemdienstleistungen	253
I. Formelle Ausgestaltung der Instrumente privater Regelersteller	257

1. Unverbindliche Empfehlungen als Standards	257
2. Standards innerhalb der Verbände der Netzbetreiber	257
3. Standards des VDE e. V.	257
4. Standards als allgemeine Geschäftsbedingungen	258
II. Überdetermination durch das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	259
1. Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Beschaffung von Primärleistung	259
2. Zwischenergebnis – Allgemeine Geschäftsbedingungen	261
III. Überdetermination durch das Energiewirtschaftsrecht	261
1. § 19 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 EnWG 2005 – technische Mindestanforderungen und die Bereitstellung von Blindleistung	261
a) Beispielsfall – Blindleistungsbereitstellung auf Basis des TransmissionCode 2007	262
b) Sachliche Rechtfertigung	262
aa) Unentgeltlicher Aufbau von netzdienlichen Blindleistungskapazitäten	265
bb) Unentgeltliche Bereitstellung von Blindleistung	266
cc) Kein Ersatz eventueller Wirkleistungskosten	267
c) Zwischenergebnis	267
2. § 22 Abs. 2 EnWG 2005 – Beschaffung von Regelenergie über diskriminierungsfreie und transparente Ausschreibungsverfahren	267
a) Kein Preis für Genauigkeit bei der Beschaffung von Sekundärregelleistung – Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot?	268
aa) Unverzüglich im Sinne von ohne schuldhaftes Zögern	269
bb) Unverzüglich im Sinne von sofort	270
cc) Diskriminierungsverbot des § 22 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 EnWG 2005	270
dd) Zwischenergebnis – Kein Preis für Genauigkeit	273
b) Keine Anpassung der Regelwerke – Verstoß gegen Transparenzgebot?	273
3. Konkreter Ausbeutungsschutz durch die Bundesnetzagentur	274
4. Zwischenergebnis – Energiewirtschaftsrecht	274
IV. Überdetermination durch das Recht der erneuerbaren Energien	275
V. Überdetermination durch Kartellrecht	276
1. § 111 EnWG 2007 – Verhältnis Energiewirtschaftsrecht und Kartellrecht	277
2. § 1 GWB – Kartellverbot auch in den Netzwirtschaften	277
a) § 1 GWB 2005	278
aa) Beschluss einer Unternehmensvereinigung oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweise	278
bb) Wettbewerbsbeschränkung auf dem Markt für Blindleistung	279
(1) Unentgeltlicher Aufbau von netzdienlichen Blindleistungsfähigkeiten	279

(2) Unentgeltlicher Abruf der unentgeltlich aufgebauten Blindleistungsfähigkeiten	280
(3) Europarechtliche Relevanz der Wettbewerbsbeschränkung	280
b) § 2 GWB 2005 und Art. 81 Abs. 3 EGV / Art. 101 Abs. 3 AEUV	283
aa) Beteiligung der Wettbewerber am Normungsprozess	285
bb) Unerlässlichkeit der Normenvereinbarung	286
cc) Keine Ausschaltung des Wettbewerbs	287
dd) Weitergabe der Effizienzgewinne an die Verbraucher	287
ee) Keine Preisfestsetzung	287
c) Konkreter Ausbeutungsschutz durch das Bundeskartellamt	288
d) Zwischenergebnis – Kartellrecht	288
VI. Zwischenergebnis – Legitimation der privaten Regelwerke	289
G. Fazit und Ausblick	291
I. Künftige Herausforderungen	293
1. Einführung von Momentanreserven	293
2. Neuordnung der Regelleistungsmärkte und des Bilanzkreissystems	294
3. Neuordnung der Blindleistungsbeschaffung	294
4. Weitere Zunahme der Akteursvielfalt	295
II. Alternative Modi zur Weiterentwicklung	296
1. Vollprivatisierung – umfassende Selbstregulierung	296
2. Vollverstaatlichung – umfassende Regulierung	296
3. Formalisierung der Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Akteuren – integrierende Regulierung	297
III. Defizite der bisherigen Entwicklung	297
1. Rechtsunsicherheit in der Regelungsstruktur	297
2. Verstoß gegen die Wesentlichkeitstheorie bis 2005	298
3. Partielle Rezeption privater Regelwerke mit mehrjähriger Verzögerung und ohne zielgerichtete Vorbereitung	299
IV. Integrierende Regulierung als vielversprechender Modus zur Weiterentwicklung der Regelungsstruktur	299
Literaturverzeichnis.....	303